

Tobias Reimold

Der Handel mit Bildungs- dienstleistungen nach dem GATS

Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Kapitel 1: Einleitung	1
<i>A. Hintergrund der Untersuchung</i>	<i>1</i>
I. Die Einbeziehung von Bildungsdienstleistungen in das GATS – ein mehrdimensionales Problem	1
1. Bildungsdienstleistungen als Regelungsgegenstand des GATS	1
2. Funktionen von Bildung	1
3. Bildung als Handelsgegenstand und als Staatsaufgabe	2
4. Einfluss des GATS auf staatliche Bildungsleistungen	3
II. Die Kontroverse bezüglich der Einbeziehung der Bildungsdienstleistungen in den Freihandel	4
1. Der Status Quo der Handelsliberalisierung	4
2. Befürchtete negative Auswirkungen einer Handelsliberalisierung ..	5
3. Mögliche positive Auswirkungen einer Handelsliberalisierung	6
4. Die Handelspolitik der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten	6
<i>B. Relevanz der Untersuchung</i>	<i>7</i>
I. Einschätzung des internationalen Bildungsmarktes	7
1. Schätzung des Anteils der Bildungsdienstleistungen an den weltweiten Dienstleistungsexporten	7
2. Internationaler Bildungsmarkt und grenzüberschreitende Bildung ..	8
II. Nachfragesteigerung und Bildungsausgaben	9
1. Erhöhung der staatlichen Ausgabenquote für Bildung	9
2. Entwicklung des Verhältnisses von öffentlich und privat finanzierter Bildung	10
III. Entwicklung der grenzüberschreitenden Bildung	11
1. Grenzüberschreitende Hochschulbildung als Indikator für die Entwicklung des internationalen Handels mit Bildungsdienstleistungen	11

2. Hauptakteure im Bereich der grenzüberschreitenden Hochschulbildung.....	12
3. Prognose für die Entwicklung des internationalen Bildungsmarktes	14
IV. Herausbildung neuer Formen und Institutionen der Bildung	15
1. Einfluss neuer Technologien.....	15
2. Entstehung neuartiger Bildungsinstitutionen.....	16
a. Virtuelle Universitäten	16
b. Zweigniederlassungen ausländischer Universitäten	17
3. Entwicklungen im Bereich der beruflichen Weiterbildung/Erwachsenenbildung	18
V. Ausblick: Zunehmende Bedeutung von Bildung als Wirtschaftsgut und die Folgen dieser Entwicklung.....	19
 C. Aufgabenstellung und Gang der Untersuchung.....	22
I. Aufgabenstellung	22
II. Gang der Untersuchung.....	22
 Kapitel 2: Bildungsdienstleistungen im GATS.....	27
A. Strukturprinzipien des GATS	27
I. Entstehungsgeschichte und Zielsetzung des GATS	27
II. Die Vorschriften des GATS im Rahmenabkommen	31
1. Der Anwendungsbereich des Abkommens	32
2. Allgemeine und besondere Verpflichtungen.....	35
3. Materielle Pflichten und Verfahrenspflichten.....	36
4. Ausnahmetatbestände	37
5. Institutionelle Bestimmungen	37
III. Die Schedules of Specific Commitments	38
IV. Anlagen zum GATS und Ministerielle Entscheidungen	41
B. Der Dienstleistungsbegriff des GATS.....	41
I. Die Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Dienstleistungsbegriffs.....	42
II. Der Begriff der Dienstleistung nach dem GATS	44
1. Stellungnahmen zum Dienstleistungsbegriff nach dem GATS	45
2. Der Dienstleistungsbegriff in den Wirtschaftswissenschaften	47
3. Entgeltlichkeit als Tatbestandsmerkmal des Dienstleistungsbegriffs?	48
III. Abgrenzung von Dienstleistungen und Waren	50

C. Die Einbeziehung von Bildungsdienstleistungen in das GATS.....	54
I. Die „Services Sectorial Classification List“	54
II. Der Sektor “Educational Services“ (Bildungsdienstleistungen).....	56
III. Horizontale Vorbehalte der Gemeinschaft	60
IV. Handelshemmnisse im Bildungsbereich.....	62
1. Der Begriff der handelsbeeinträchtigenden Maßnahme gem. Art. I:1 GATS.....	63
2. Handelshemmnisse im Sektor Bildungsdienstleistungen	65
a. Handelsbeschränkungen im Erbringungsmodus 1	65
b. Handelsbeschränkungen im Erbringungsmodus 2	66
c. Handelsbeschränkungen im Erbringungsmodus 3	67
d. Handelsbeschränkungen im Erbringungsmodus 4	68
 D. Der potentielle Einfluss des GATS auf die innerstaatliche Regulierung des Bildungswesens	 68
I. Das Verhältnis von Freihandelsregelungen und staatlicher Bildungspolitik.....	68
II. Der Meistbegünstigungsgrundsatz nach Art. II GATS	70
1. Normativer Inhalt des Meistbegünstigungsgrundsatzes	70
2. Potentielle Auswirkungen des Meistbegünstigungsgrundsatzes....	73
3. Die Anerkennung ausländischer Qualifikationen nach Art. VII GATS	74
III. Verpflichtungen betreffend den Marktzugang gem. Art. XVI GATS .	79
1. Die Marktzugangspflichtung – Funktion und Normstruktur	79
2. Potentielle Auswirkungen von Marktzugangspflichtungen.....	80
IV. Der Inländerbehandlungsgrundsatz nach Art. XVII GATS.....	82
V. Die Zulässigkeit von Subventionen nach dem GATS.....	84
1. Vermutete Auswirkungen des GATS auf staatliche Subventionen	84
2. Die Regelungen über Subventionen und Subventionsdisziplinen in Art. XV GATS	86
a. Normativer Inhalt von Art. XV GATS.....	86
b. Ausblick: Entwicklung von Subventionsdisziplinen	87
3. Subventionen als Verstoß gegen den Inländerbehandlungs- grundsatz	90
4. Subventionen als Verstoß gegen den Meistbegünstigungs- grundsatz	91
VI. Die Anforderungen an die innerstaatliche Regulierung gem. Art. VI GATS	92
VII. Zusammenfassung: Möglicher Einfluss des GATS auf die nationale Bildungsregulierung	95

VIII. Art. XIV GATS als Einfallstor für die Berücksichtigung von Bildungsbelangen?	97
<i>E. Der mögliche Einfluss des GATS auf die europäische Bildungszusammenarbeit</i>	100
I. Das Mehrebenenmodell der europäischen Bildungszusammenarbeit und der Außenhandel der Gemeinschaft mit Bildungsdienstleistungen	100
II. Die Kompetenzen der Gemeinschaft in der Bildungspolitik	102
1. Die bildungspolitischen Kompetenzen aus Art. 149 f. EGV	102
2. Die Bedeutung der Grundfreiheiten des EGV für den Bildungsbereich	104
III. Die Koordinierung der Bildungspolitik durch die europäischen Staaten	106
IV. Einflussmöglichkeiten des GATS auf die europäische Bildungszusammenarbeit	109
Kapitel 3: Bildung als Aufgabe des Staates – die Anerkennung des Rechts auf Bildung im Völkerrecht	112
<i>A. Begründungsansätze für die Staatstätigkeit in der Bildung</i>	112
I. Blickwinkel auf den Gegenstand „Bildung“	112
II. Das Verhältnis von Wirtschaft, Bildung und Staat: Ein historischer Überblick	114
1. Bezugsgegenstand der historischen Betrachtung	114
2. Die Erforderlichkeit staatlicher Aktivität im Bildungswesen aus Sicht der klassischen Nationalökonomien	115
3. Entwicklung der staatlichen Bildungstätigkeit	117
III. Wirtschaftswissenschaftliche Betrachtung von Bildung	122
1. Bildungsökonomische Analyse	122
2. Bildung als „öffentliches Gut“?	124
a. Bildung als Ware im ökonomischen Sinne	124
b. Marktversagen und öffentliche Güter	124
c. Bildung als meritorisches Gut	126
3. Zwischenergebnis: Die ökonomische Analyse von Bildung und der Einfluss normativer Wertungen	129
<i>B. Das Recht auf Bildung im Völkerrecht und die völkerrechtliche Anerkennung von Bildung als Staatsaufgabe</i>	131
I. Das Recht auf Bildung nach Art. 26 AEMR	132
II. Das Recht auf Bildung im Sozialpakt	134

1. Entstehung und Verpflichtungsstruktur des Sozialpakts	134
2. Grundstruktur des Rechts auf Bildung und Staatenberichtsverfahren	136
3. Rechtliche Einordnung der Verpflichtungen aus dem Sozialpakt	139
a. Einordnung als Menschenrecht.....	139
b. Die Rechtsverbindlichkeit der Verpflichtungen aus dem Sozialpakt	140
c. Das Problem der Ressourcenabhängigkeit	142
4. Normativer Inhalt von Art. 13, 14 IPWSKR	145
5. Regressive Maßnahmen und die Verwirklichung des Rechts auf Bildung.....	148
6. Bildung als Staatsaufgabe: Staatliche Tätigkeitspflichten gem. Art. 13 IPWSKR.....	152
III. UNESCO-Konventionen zum Recht auf Bildung.....	155
IV. Das Recht auf Bildung in regionalen Menschenrechtsabkommen und sonstige völkerrechtliche Grundlagen des Rechts auf Bildung ..	157
V. Die Verwirklichung des Rechts auf Bildung als völkerrechtlich anerkannte Staatsaufgabe.....	160
<i>C. Die Berücksichtigung des Rechts auf Bildung in der WTO.....</i>	161
I. Die Koexistenz von Menschenrechten und Freihandelsordnung.....	161
II. Historische Entwicklung der beiden Ordnungsrahmen.....	163
III. Mögliche Blickwinkel auf die gegenseitige Durchwirkung von Freihandel und Menschenrechten.....	166
IV. WTO und Menschenrechte	168
V. Die Berücksichtigung von Menschenrechten im WTO-Recht	171
VI. Zwischenergebnis: Die Berücksichtigungsfähigkeit des Rechts auf Bildung im WTO-Recht	174
Kapitel 4: Die Anwendbarkeit des GATS auf staatliche Tätigkeiten im Bildungswesen	176
<i>A. Problemstellung: Art. I:3 GATS und staatliche Daseinsvorsorge</i>	<i>176</i>
I. Die Ausnahmegesetzgebung für hoheitlich erbrachte Dienstleistungen in Art. I:3 GATS	176
II. Bedeutung der Auslegung von Art. I:3 GATS.....	180
<i>B. Grundsätze der Auslegung von Art. I:3 GATS.....</i>	<i>181</i>
<i>C. Das Tatbestandsmerkmal „on a commercial basis“</i>	<i>185</i>

I. Auslegung nach der Wortbedeutung	185
II. Systematische Auslegung	187
III. Vergleichende Heranziehung von Art. 50 EGV	190
IV. Bezugspunkt des Merkmals "on a commercial basis"	192
V. Ergebnis der Auslegung des Tatbestandsmerkmals „on a commercial basis“	194
VI. Anwendung des Auslegungsergebnisses auf staatliche Bildungsangebote	194
<i>D. Das Tatbestandsmerkmal "in competition"</i>	<i>195</i>
I. Wörtliche und systematische Auslegung von "in competition"	195
1. Wortbedeutung	196
2. Systematische Auslegung des Begriffs „competition“	198
II. Einfluss der Erbringungsmodalitäten auf das Vorliegen von Wettbewerb?.....	204
III. Ergebnis der Auslegung des Tatbestandsmerkmals "in competition"	206
IV. Wettbewerb und staatliche Bildungsangebote	207
<i>E. Das Tatbestandsmerkmal „in the exercise of governmental authority“</i>	<i>209</i>
I. Begriffsbestimmung	210
II. Über- und Unterordnungsverhältnis als Kriterium?.....	211
III. Vergleichende Heranziehung von Art. 45 EGV	213
IV. Ergebnis der Auslegung von „in the exercise of governmental authority“	214
<i>F. Die Auslegung von Art. I:3 GATS als Gesamtregelung</i>	<i>215</i>
I. Historische Auslegung.....	215
II. Der Grundsatz der souveränitätsschonendsten Auslegung („in dubio mitius“)	217
III. Der Grundsatz der effektiven Vertragsauslegung („effet utile“).....	223
IV. Menschenrechtskonforme Auslegung von Art. I:3 GATS: Bildung als Staatsaufgabe.....	228
1. Auslegungsrelevanz des Rechts auf Bildung	228
2. Einbeziehung des Staatsaufgabencharakters bei der Auslegung der Tatbestandsmerkmale „on a commercial basis“ und „in competition“.....	229
3. Einbeziehung bei der Auslegung von „in the exercise of governmental authority“.....	229

<i>G. Die Beweislast bei Art. I:3 GATS</i>	231
<i>H. Ergebnis der Auslegung von Art. I:3 GATS</i>	232
<i>I. Möglichkeiten der Festlegung des Anwendungsbereichs des GATS de lege ferenda</i>	235
Kapitel 5: Schlussbetrachtung	240
Ergebnisse der Arbeit	242
Literaturverzeichnis	251
Register	265